



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

72 (12.2.1932) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-366979](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-366979)

Neue Mannheimer Zeitung

Samstags 10 Pf.

Mannheimer General-Anzeiger

Berlin, 12. Febr. (Sta. Dr.)

Bestandteile: Drei Quart monatl. 90 Pf., 270 einw. ...

Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt 20 Pf. ...

Abend-Ausgabe

Freitag, 12. Februar 1932

143 Jahrgang — Nr. 72

U.S.A.-Notverordnung zur Abwehr der Deflation

Gezügliche Maßnahmen zur Auflockerung der eingefrorenen amerikanischen Kredite — Herabsetzung der Golddeckung auf das gesetzliche Mindestmaß — Erweiterter Notenumlauf um 2,5 Millionen Dollar — Eine „Korrektur der gegenwärtigen anormalen Lage“

Erklärung des Washingtoner Schatzamts

Telegraphische Meldung

Washington, 12. Febr.

Der vom Präsidenten Hoover zusammen mit den Führern beider Parteien auf Vorschlag des Finanzkommissionärs Dawes, Mills und James Weaver gefasste Beschluß zur Golddeckung des Notenumlaufs auf das gesetzliche Mindestmaß von 40 p. C. wird naturgemäß in der Öffentlichkeit hart kritisiert.

Im Schatzamt wurde betont, daß auch diese Maßnahme keine eigentliche Inflation darstelle, denn die eine Hälfte zu druckenden Banknoten würden sich von der Regierung zur Ausgleichung des Teils als bezahlt werden. Es handle sich vielmehr um ein Geschäft im Geiste des Bankgeschäftes liegende Korrektur der gegenwärtigen unnormalen Lage.

Während das Bankgesetz vor eine Ertrag Golddeckung vorzöge, seien zur Zeit nur 7 Prozent des Notenumlaufs durch Gold gedeckt. Da der Betrag der zur Notdeckung höher angelegten Wertpapiere im Vergleich der übertriebenen und ungeliebten Teilungspolitik der Banken hart verurteilt werden sei, hätten die Banken es abgelehnt, diesen und Wechsel zu verlängern und neue Anleihen zu emittieren. Dadurch komme das Geschäftleben schließlich zum völligen Stillstand.

Wenn man nun die Weisung weiter bede und den Anleihen zur Notdeckung und damit zum Rückgang ungeliebten Wertpapiere größer ziehe, lege man die Banken in die Lage, einen großen Teil ihrer Wertpapiere von den Bundesbanken diskontieren zu erhalten. Dadurch werde die Kreditlage aufgelockert und schließlich Geld der Privatbanken für legitime Geschäftsanforderungen verfügbar. Außerdem soll diese Maßnahme zunächst nur für zwölf Monate gelten, und es sei beabsichtigt, sofort in voller Höhe den herabgedruckten Betrag zusätzliche Noten zu drucken.

Senator Glass, bekannt als sehr konservativer und eifersüchtiger Wächter des von ihm mitgeleiteten Bundesbankgesetzes, erklärte sein Einverständnis mit dieser „Notverordnung“. Die Ausgabe des Geldes durch den Kongress wird für ihn abgelehnt, da, wie Senator Vandenberg bemerkt, die kürzlich genehmigte Wiederanleihe-Gesetzgebung, die einen nur begrenzten Notenumlauf bede, eben nicht das gesamte Geschäft in der Union deckt. Außerdem sei eine Vermehrung des Notenumlaufs das beste Mittel, die Wirkung des auf anderthalb Milliarden geschätzten Goldes in den normalen Umlauf zu beschleunigen, denn die „Notverordnung“ erhöhe die Möglichkeit in einer Vermehrung der Banknoten um 2,5 Millionen Dollar, wodurch die Nachfrage nach Dollars verringert würde, so daß die Banken dann nicht mehr lahm seien.

72 Milliarden Goldbestand der Bank von Frankreich

Paris, 12. Febr. (Sta. Dr.)

Der Goldbestand der Bank von Frankreich hat in der vergangenen Woche den Rekord von 72 Milliarden Fr. erreicht. Die Golddeckung ist damit auf die bisher noch nie erreichte Höhe von 63,25 p. C. gestiegen.

Eisenfreie Reichsbahnleihe 1931

Berlin, 12. Febr. Die Zeichnungen auf die eisenfreie Reichsbahnleihe 1931 sind bis zum 1. Februar einschließlich auf 244 Millionen Reichsmark geblieben. Die Einzahlungen betragen bis zum 1. Februar 1932 auf insgesamt 81,1 Mill. M., das sind 33,2 p. C., während bisher nur 18 p. C. eingeblieben waren.

Ruhe in Tschapei

Schanghai, 12. Febr. Gegenwärtig ist es in Tschapei verhältnismäßig ruhig. Die chinesischen und japanischen Truppen befinden sich in ihren Stellungen.

50 Millionen für Notstandsarbeiten

Berlin, 12. Febr. (Sta. Dr.)

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. wird für Notstandsarbeiten im Sommer 1932 vorläufig 50 Millionen Reichsmark bereitstellen. Die Mittel hierfür gehen aus laufenden Einnahmen an Zins- und Tilgungserträgen aus den früher gegebenen Vorleihen zur Verfügung. Eine spätere Erweiterung des Vorprogramms ist in Aussicht genommen.

In dem genannten Betrag treten die Mittel, die bestimmungsgemäß von der Reichsanstalt für Arbeitsbeschäftigung und Arbeitslosenversicherung ent-

sprechend ihrer Entlastung gegeben werden, womit insgesamt rund 50 Millionen Reichsmark für Notstandsarbeiten im nächsten Halbjahr verfügbar sein würden.

Es werden in erster Linie die größeren Projekte programmgemäß fortgeführt, die bereits im Geschäftsjahr 1931 begonnen wurden, insbesondere der Ausbau der Eisenbahnstationen, die Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Münch-Stuttgart, der zweigleisige Ausbau der Nordbahn Oberhausen-Kottbus, die Staube der Rhein-Rain-Donau AG. bei Griebnitz und die Reckart-Anstalt.

Wie stehts mit dem Tributproblem?

Haben sich Frankreich und England irgendwie geeinigt?

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 12. Febr.

In Berlin liegt noch immer keine Entscheidung der Reichsregierung über eine französische Einigung in der Reparationsfrage vor. An den hiesigen ausländischen Stellen meint man noch wie vor, daß es sich in keinem Falle um irgend eine verbindliche materielle Vereinbarung handeln könne. Solche Vereinbarungen, wie vor allem über den Rubel, darüber, was nun nach dem Abbruch des Dawesjahres am 1. Juli zu geschehen habe, können in ohne Deutschland aus schwer getroffen werden. Eine Verlängerung des Dawesjahres um 2 Jahre ist nur mit untrüger Zustimmung möglich. Köhnen sei so erklärt man sich, eine Abrede über den Zeitpunkt und den Ort der künftigen Konferenz getroffen worden. Man rechnet hier aber damit, daß Frankreich in der nächsten Zeit auf diplomatischem Wege die Forderung mit und in der Reparationsfrage aufnehmen werde.

Informationen nach und aus Genf

Genf, 12. Febr.

Der englische Außenminister Sir John Simon erhielt gestern aus London einen ausführlichen Bericht über den Stand der russischen Forderungen und Paris geführten Reparationsverhandlungen. Er legte sich hierauf mit dem französischen Außenminister Briand in Verbindung. Nach einer mit von englischer Seite gemachten Mitteilung erklärte Sir Simon, daß die Einberufung der Reparationskonferenz im Juni einverstanden sei. Sir John Simon hatte sodann eine Besprechung mit dem hier weilenden französischen Juristen des Völkerrechts, Baudouin, der den vorliegenden Textentwurf der französisch-englischen Vereinbarung mit dem englischen Außenminister erörterte. Wie verlautet, wird auch eine Besprechung zwischen Sir John Simon und dem deutschen Staatssekretär, Friedrich Raabing, über die Reparationsfrage stattfinden.

Die Ablösung der Hauszinssteuer

Nähere Erläuterungen durch den Reichsfinanzminister

Meldung des Reichsbüros

Berlin, 12. Febr.

Der Reichsminister der Finanzen hat mit Zustimmung des Reichsrates seinen die Durchführungsbestimmungen über die Ablösung der Hauszinssteuer erlassen.

Hierzu wird uns vom Reichsfinanzministerium folgendes mitgeteilt: In der Verordnung des Reichspräsidenten vom 12. Dezember 1931 war bekanntlich vorgesehen, daß die Hauszinssteuer bis zum 31. März 1932 mit dem dreifachen Jahresbeitrag abgelöst werden könne. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar ist die Ablösungsmöglichkeit für die Hauszinssteuer in zwei wesentlichen Punkten erleichtert worden. Einmal soll die Ablösung zum dreifachen Jahresbeitrag bis zum 31. Dezember 1932 möglich sein, und außerdem die in der Zeit vom 1. April bis 31. September 1932 fällig gemachten Hauszinssteuerbeiträge zur Hälfte auf den Ablösungsbeitrag angerechnet werden können. Zum zweiten soll der Eigentümer, der zum Zwecke der Ablösung ein Darlehen aufnimmt, für dieses Darlehen eine Hypothek mit Vorrang vor allen anderen eingetragenen Rechten nicht nur, wie bisher, zugunsten eines Kreditinstitutes, sondern nunmehr auch zugunsten eines privaten Gläubigers eintragen lassen können.

Die Durchführungsbestimmungen sehen eine Reihe weiterer Maßnahmen vor, durch die insbesondere verbündet werden soll, daß der Hauszinssteuer, der abloßt, schicklich gestellt ist, als der, der nicht abloßt.

So soll erstens der Ablösungsbeitrag bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden können. Das soll auch entsprechend für die Gewerbesteuer gelten. Endlich ist bereits geltendes Recht, daß für Grundstücke, für die die Hauszinssteuer abgelöst

ist, zum Teil höhere Grundsteuerhöhen herangezogen werden dürfen als für nicht abgelöste Grundstücke. Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Ablösung der Hauszinssteuer für den Hauseigentümer durchweg vorteilhaft ist. Es sind nun in letzter Zeit in manchen Kreisen Bestrebungen aufgetaucht, daß die bis 1932 abzulösende Hauszinssteuer bereits früher abgelöst werden könne und daß an ihre Stelle eine Mietraumsteuer trete, wodurch dann diejenigen Hauseigentümer, die ihre Hauszinssteuer abgelöst hätten, finanziell seien. Demgegenüber stellt die Reichsregierung mit allem Nachdruck fest, daß solche Veränderungen ebenfalls unbegründet sind.

Am Bankfrage und Präsidentenwahl

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 12. Febr.

Das Reichsministerium wird heute nachmittag die Beratungen über die Bankfrage fortsetzen. Es ist indes noch kein Weg damit zu sehen, daß es zu einem Abbruch der Forderungen kommen wird. In der Frage der Präsidentenwahl erwartet man nach wie vor für Sonntag eine Rundgangsbekanntmachung, in der der Reichspräsident mit seiner Wiederwahl eine Erklärung abgeben wird. Es scheint, als ob der Reichspräsident, dem ein direkter Weg zum den abigen Posten der Reichsbankfront offensichtlich keine Feinde gestellt, nun, so Ostenburg sich bereits mit seiner Wiederwahl einverstanden erklärt haben soll, auf einen Appell von sich aus vorläufig verzichten will. Jedenfalls wird nach unserer Kenntnis der Reichspräsident weder heute noch morgen seinen angebotenen Aufschub erlassen.

Zwischen Furcht und Hoffnung

Mannheim, 12. Febr.

Alles fliehet! Dunkel und geheimnisvoll, wie dieses bekannte Wort Heraklit des Dunklen, des Weisen von Ephesus, in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprophetie, in dem wir mitten drin leben und von dem uns dünken will, daß er Zeit unseres Lebens noch nie so mild gütig und völlig undurchsichtig gewesen ist wie eben jetzt. Niemand kann wissen, wie der jetzt in wirbelnder Wogen des sinnlichen Entwicklungsprophetie, in dem wir Menschen mit allem was wir sind und haben, mitgerissen werden, weiter verlaufen wird. Es fehlt völlig an jedem Halt, an jedem Stützpunkt inmitten des tobenden Meeres der Ereignisse und Entwicklungen. Was heute gemeldet wird, wird morgen bemerkt und was heute als Tatsache geglaubt wurde, wird morgen als bewährte Erfahrung von interessierter Seite, als Verlustballon oder als Luftballonswander entlarvt. Und wenn man dann infolge des unaufrichtigen Zornschlages auf unsere Kerne schon nahe dabei ist zu resignieren, zu verzweifeln oder sich einem orientierungslosen Haltlossein hinzugeben, dann kommt plötzlich wieder eine Melodie, die so bestimmt und ausstrahlend, so verheißungsvoll klingt, daß wir Menschen, die die Hoffnung als ein unveräußerliches Gut unseres Selbst bis zum Tode im Dasein tragen, und nur der zu willig dem neuen Frost und neuen Leben spendenden Hauch der Hoffnung hingeben, solange, bis wir gar zu schnell, das alte Pfälzische Hoffnung, ehe es nicht aufschlägt, es wieder durch neue Hindernisse nicht zertrümmert wird.

So werden wir vom Leben bis zum Tode mit diesen Furcht und Hoffnung hin und hergeworfen. Je nach Veranlagung und Temperament, nach den Verhältnissen und nicht zuletzt nach der verlässlichen materiellen Lage überwiegt bei dem einen die Furcht, beim anderen der unvermeidliche Optimismus. Am glücklichsten ist der dazwischen, der noch voll der Welt zu sein und von seiner beruflichen Tätigkeit so intensiv in Anspruch genommen wird, daß ihm gar nicht mehr viel Zeit und Raum bleibt, um über das wildwogende Treiben um ihn herum, über den heilen Ödendruck ohne Abbruchensmöglichkeiten, nachzudenken. In irgend einem klaren Einblick in die Verhältnisse und ihre Zusammenhänge würde er doch nicht kommen. Selbst die führenden Staatsmänner an der Spitze der Regierungen, die naturgemäß alles viel besser zu überblicken vermögen als wir anderen, werden sich oft genug in der Eile bewegen müssen, nicht selbst zu stehen, sondern gelähmt zu werden.

Ein Bild in unsere heutige Weltanschauung spricht in dieser Hinsicht für den verhängnisvollen Fehler wieder. England's neue Zollpolitik ist ein gewaltiger Schlag gegen alle in der Theorie als durchaus notwendig und unentbehrlich erklärte Befestigung der Zollbarrieren und auf Herstellung einer wirtschaftlichen Solidarität zwischen den durch Ein- und Ausfuhr und sonst viel andere Zusammenhänge unlöslich verknüpften Kulturvölkern. Zwar hätte man diese Entwicklung der englischen Zollpolitik schon seit einiger Zeit kommen sehen und die ziemlich große Kritik mag vielleicht auch dazu angetan sein, die geübten Befürwortungen einhermaßen zu mildern, die Aufhebung von 100prozentigen Strafzöllen aber und vor allem der angelegte neue Umfall England in der Reparationsfrage und die Einigung mit Frankreich auf unsere Kosten, schließt jedoch auch die beiseitende deutsche Hoffnung wieder völlig in Scherben. Denn gerade in dieser Hinsicht sind wir oft bitter Enttäuschte ganz besonders empfindlich.

Doch schon werden wir uns der Furcht und Sorge wieder in die Hoffnung hineingeworfen durch die gleichseitig vorliegenden Meldungen, daß diese ganze ansehnliche Einigung wieder einmal nur ein französischer Bluff sei und daß die maßgebenden Stellen in Berlin nicht an sie glauben. In diesem Augenblick, wo schon Ingeborg in den Berichten aus Genf von einer immer mehr zunehmenden Isolierung

Ist Dein Name in der Hindenburgliste? Sofort noch eintragen! Morgen letzter Tag!

Frankreich und von deutlich greifbarer Sympathie gerade Englands für Deutschland die Rede war, würde eine französisch-englische Einigung zweifellos ja auch das ganze deutsche Volk auf das äußerste bestreben müssen. Im übrigen muß sich die Welt, nach wie vor allen Dingen Frankreich möglichst wohl oder übel damit abfinden, daß eine Reparationszahlung, mögen die Gläubiger beschließen, was sie wollen, für uns überhaupt nicht mehr in Frage kommen kann. Nicht einen Bajonnet, nicht ein oder zwei Jahre verlangen wir, sondern eine endgültige Regelung, d. h. völlige Beilegung von allen weiteren Teilzahlungen.

Was aber die Genfer Abrüstungskonferenz, die auch die darüber vorliegenden Beschlüsse genau so verwerfend und seelisch bedrückend wie alle Meldungen, in denen von französischer Politik die Rede ist. In ebenso lächerlicher wie hochherziger Weise beschuldigt die Nation, die das weitaus größte Meer der Welt unterhält, und sich völlig entmenschte Drücke, die wir und sogar von den kümmerlichen Plänen aus über die propagieren lassen müssen, immer auf neue der Völkermord. Doch während die französische Delegation in Genf sich aufschloß, nach der Vertreibungsmethode „Halt den Dämon“, ein großes Akzentuierungsmanöver mit der Aufhebung angeblicher deutscher Geheimverträge vor dem Genfer Forum zu initiieren, wird hier in Genf mitbewegende französische Marineminister vor der ganzen Welt beschuldigt, für die Interessen einer französischen Flottenindustrie zu arbeiten, die nach Japan bedeutende Lieferungen ausführt. So ungenügend erscheint diese Beschuldigung, daß wir uns verläßlich weigern, dieser Kaffage Unfährlicher Partei Vorkläufer glauben zu schenken, denn sonst wären ja alle die Friedensbemühungen des Völkervertrages um die Befestigung des Krieges im fernsten Osten der blutigste Osten und gemeinsames Kampfspiel. Die Desfinitivität der ganzen Welt kann es ohnehin nicht fassen, daß es den Negationsministerien der im Völkervertrag vereinigten Nationen noch immer nicht gelingen will, den „Kampffuß“ im fernsten Osten, wie man überhaupt in Genf sagt, beizulegen, zumal schon lange Vorverhandlungen in Paris vorangegangen waren. Ob sich selbst behaupten es auch, daß heute gleichzeitig mit der Meldung eines Waffenstillstandes in Spanien das Telegramm von einem heute früh bei Manila neu ausgebrochenen „Garlan Kampf“ zwischen japanischen und chinesischen Truppen vorliegt.

Obwohl vermehren und ungeklärt, wie alle diese anspannenden Ereignisse und Entwicklungen ist auch unsere gesamte Jugend, und Wirtschaftspolitik, in deren Brennpunkt augenblicklich der Kampf um Hindenburg steht. Das einzig Neue dabei ist vorläufig nur die Aussicht, daß in dieser Hinsicht die äußerliche Ungenügsamkeit dieser Wochen nun morgen oder übermorgen bestimmt einen wichtigen vorläufigen Abschluß findet. Spätestens bis zum Sonntag soll Hindenburg seine endgültige Entscheidung bekanntgeben. Möge keine Entscheidung und der Verlust der Weisheit so ausfallen, wie es zum Wohle des gesamten deutschen Volkes gut ist und nicht so, wie es die unter sich völlig unheimlichen Mannesträger der wie ein ewiger Fluch auf uns lastenden parteipolitischen Verhältnisse haben wollen.

H. A. Meißner.

Devisenvorschriften und Nachnahmeforderungen aus dem Auslande

Berlin, 12. Febr. Vor einiger Zeit war darauf hingewiesen worden, daß für die Einföhrung von Nachnahmeforderungen im Volk- und Güterverkehr, die aus dem Auslande oder dem Saargebiet einzuweisen, die Genehmigung der Devisenwirtschaftungsstellen notwendig ist. Um eine lastende Kontrolle dieser Genehmigungen möglich zu machen, werden die Reichsbank- und Privatbanken künftig sämtliche aus dem Auslande eingehende Nachnahmeforderungen im Werte von mehr als 200 Mark laufend den Devisenwirtschaftungsstellen mitteilen.

Als Wagner Regie führte...
Von Kammerfänger Julius Leben

Julius Leben, der letzte noch lebende Sänger aus Wagner's Zeiten, starb am 12. Februar letzten 75. Geburtstag. Er ergriff hier, wie ihn der Meister selbst in die Schenkung des „Wagnerbüchleins“ eingeweiht hat.

Als junger Sänger — es war im Frühjahre 1893 — stand ich auf der Bühne des damaligen Victoria-Theaters in Berlin während einer Abseignungs-Probé. Der damalige Intendant Angelo Neumann bereitet die erste Aufföhrung des Nibelungenringes in Berlin vor. Richard Wagner selbst lag in der Gesellschaft seiner Frau und der tübischen Gröfin Schleinitz — seiner Gönnerin — in einer Loge. Er übernahm die Proben und sprach oft aus der Loge, um über die den Hinhörern mit der Bühne verbindende Bröcke auf die Bühne zu hören und den Sängern Eingebnisse ihrer Rollen zu erläutern.

Wagner war ein genialer Regisseur, dem nichts entging, und der genaue Uebereinstimmung zwischen dem gesprochenen Wort, der Geste und der Kunst verlangte. Wer dem Meister einmal ins Auge gesehen hat, wird seinen wunderbar kreisenden Blick nie vergessen. Wagner war mit meiner Darstellung der Partie des Hlme zufrieden, gab mir aber einige Erläuterungen von größter Wichtigkeit. Er verlangte z. B. das Hlme während des Verströmes mit dem Hllern nicht schuldlos, sondern gleichzeitig in den Boden zu treten.

„Der dunkle Aberg darf nicht den Hllern ins Gesicht sehen“, erwiderte der Meister diese Forderung und verlangte noch, daß ich mich nicht neben den Göttern der Hllern, sondern neben den Göttern der waldenwunderlichen Feuergeir halte.

In der Schöpfung des „Nibelungenringes“ gab der Darsteller des Wotan das Schwert, das sich im Nibelungenhort befindet — eine Geste, die im Text nicht vermerkt war, Neumann rief dem Sänger zu: „Nehmen Sie das Schwert Ihnen“, wozu Wagner selbst erwiderte: „Nehmen Sie ihn doch das Schwert schwinden“. Der Streik um diese, wie gesagt, im Textbuch nicht vermerkte Darstellung war Gegen-

Spanien für eheliche Abrüstung

Außer dem spanischen Vertreter sprachen heute ein tschechischer und ein dänischer Delegierter

Dröhtung unseres eigenen Vertreters
— Genf, 12. Febr.

Die heutige Vormittagssitzung der Abrüstungskonferenz begann mit einer Rede des spanischen Hauptdelegierten Saluerra. Der Vertreter Spaniens äußerte sich in seinen Ausführungen sehr hart dem italienischen Standpunkt an. Er ging sogar weit darüber hinaus, denn er verlangte die vollkommene und endgültige Abrüstung, die nach dem fürstlichen Krise das einzige im Völkervertrag begründete Ereignis darstellen könnte. In der Sicherheitshelpe heute er sich gleichfalls auf die Seite Italiens, denn er erklärte:

„daß die Abrüstung als die beste Garantie für die Sicherheit eines Landes zu betrachten sei.“

Er betonte, daß der Eintritt der Vereinten Staaten und Sowjet-Rußlands in den Völkervertrag große Schwierigkeiten bereiten könnte. In einem Teil seiner Rede betonte er die Darlegungen Grandis und erklärte, daß die spanische Regierung sich mit den Wünschen Italiens identisch erklärte. Besonders wies er auf die Notwendigkeit einer strengen Kontrolle der künftigen Abrüstungspläne hin. Der Konventionenentwurf läßt dem spanischen Vertreter sein besonderes Vertrauen ein. Er findet ihn lächerlich. Insbesondere betonte er, daß in dem Konventionenentwurf hauptsächlich das Kriegsmaterial sehr einseitig aufgearbeitet sei. Die Vorschläge der spanischen Delegation wurden von Saluerra in einem besonderen Schriftstück mitgeteilt. Daran ist zu entnehmen:

„daß Spanien die vollkommene Abschaffung aller Angriffswaffen verlangt. Ferner die internationale und nationale Kontrolle der Waffenfabriken, die Abschaffung des U-Bogens und vollkommene Befestigung der Militärfabrikate, sowie der internationalen militärischen Kontrolle.“

Die deutschen Abrüstungsvorschläge

Dröhtung unseres eigenen Vertreters

Genf, 12. Febr.

Die Anfang nächster Woche zu erwartenden deutschen Abrüstungsvorschläge werden sich am Abschnitt 5 des Versailleser Vertrages hängen, in dem die Abrüstungsbedingungen der Siegerstaaten enthalten ist, sowie auch die bereits im Jahre 1928 gemachten Bemerkungen Deutschlands zum Konventionenentwurf. Es werden aber noch weitere deutsche Vorschläge erwartet, die im Zusammenhang mit den Darlegungen der Vertreter Italiens, Englands und der Vereinten Staaten stehen.

Morgen Memel

Dröhtung unseres eigenen Vertreters

Genf, 12. Febr.

In der morgen vor dem Rat gelangenden Remittanz wird der Vertreter Norwegens, Colman, als Berichterstatter fungieren. Es lassen sich in den Reden zwei Richtungen hinsichtlich der Behandlung der Memelfrage ablesen. Frankreich möchte die Anwesenheit dem Saager Ständegerichtshof überweisen, ohne den Rat zu einer vorübergehenden Stellungnahme zu veranlassen. Der englische Standpunkt geht dahin, daß der Rat selbst einen Sonderausschuß ernannt, der sich aus dem Sonderberichterstatter und drei künftigen Mitgliedern zusammensetzt und somit dem Rat einen Schlichtungsbericht machen soll. Italien bezichtigt gleichfalls diesen Standpunkt.

Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedsmitgliedern über die Behandlung der Memelfrage befinden sich noch im vollen Gange.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš

Niemand manierte sich darüber, daß es den Konventionenentwurf vorbereitete und ihn als die unerschütterliche Grundlage für die hier durchzuföhrnde „Einschränkung und Begrenzung“ der Abrüstungen bezeichnete. Auch den von Tardieu eingebrachten Vorschlag einer „Kulturklausel“ des Völkervertrages und des Charakteristisches Dr. Beneš als eine ausgezeichnete Tat und verließ diesem den sofort die Zustimmung der Tschechoslowaken. Somit enthält die Rede keine irgendetwas das Abrüstungsproblem ernsthaft aufzufassen Darlegungen. Die beschränkte sich auf die von uns längst bekannten französischen Korrekturen und spielte darin, daß der chemische und der Mikrobiologie vorstellt wird. Der einzige Vorschlag der Tschechen richtete sich auf eine strenge Kontrolle der Militär-Budgets und auf das Verbot des Waffenhandels.

Der dänische Außenminister Dr. Munch

kräftigte indessen den Konventionenentwurf und erstreckte sich durch die deutsche Delegation mit eindringlicher Kraft ausserordentliche Verlangen, den Grundlag einer Rechtsgleichheit von allen Staaten anzunehmen.“ Er sprach sich zugunsten dieses Prinzips aus, dessen Durchführung er in der Festlegung eines Plans europäischer Abrüstung zu erkennen glaubt. Die Lösung des Abrüstungsproblems selbst kann nach der Meinung des dänischen Außenministers nur durch politische Verständigung erreicht werden.

Nach der Rede des dänischen Außenministers vertagte sich die Konferenz auf morgen.

China verlangt Weltversammlung des Rats

Dröhtung unseres eigenen Vertreters
— Genf, 12. Febr.

Der chinesische Delegierte Pan sollte heute mit dem Generalsekretär des Völkervertrages, Sir Eric Drummond, mit, daß China aufgrund des Artikels 5 von seinem Recht als Mitglied des Völkervertrages Gebrauch machen werde, um eine außerordentliche Versammlung des Bundes einberufen zu lassen. China werde entsprechend der Genfer Satzung den Zeitpunkt selbst ansetzen, den es für die Einberufung dieser außerordentlichen Versammlung des Völkervertrages als notwendig erachtet.

Dieser Schritt der chinesischen Delegierten ist kaum zu erklären, daß heute mittag die vierzehntägige Frist abläßt, innerhalb welcher China die Erklärung abgeben sollte, ob es grundsätzlich die Einberufung einer außerordentlichen Völkerverversammlung wünscht oder nicht. Diese Frist sollte der tschechische Vertreter selbstverständlich nicht verstreichen lassen, ohne sich die Möglichkeit einer Einberufung der Versammlung vorzubehalten.

Berlin

Verfallungsverbot für Nationalsozialisten und Kommunisten?
Telegraphische Meldung
— Berlin, 12. Febr.

Der Polizeipräsident hat heute folgendes Schreiben an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und Kommunistische Partei gerichtet:

„Die Vorgänge in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von Seiten Ihrer Parteiangehörigen öffentliche politische Versammlungen anderer Parteien planmäßig geföhrt und die Abhaltung der Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollten sich diese Vorfälle wiederholen, so werde ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei beschloffen werden, notwendig zu verbieten, da erzwungen werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Verfassungen für die öffentliche Sicherheit eintragen werden.“

Politische Ausschreitungen in Berlin

Berlin, 11. Febr. In zahlreichen Eisdämmen ereigneten sich heute abend Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Verschiedentlich verhielten sich Nationalsozialisten, die sich auf dem Alexanderplatz befanden, gegen Kommunisten, die sich in der Straße von Kommunisten überfallen. Es kam mehrfach zu Schlägereien, bei denen insgesamt ungefähr 30 Personen verletzt wurden. Eine in gleiche Anzahl wurde von der Polizei festgenommen.

Lezte Meldungen

Über anderthalb Millionen Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 12. Febr. In zahlreichen Eisdämmen ereigneten sich heute abend Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Verschiedentlich verhielten sich Nationalsozialisten, die sich auf dem Alexanderplatz befanden, gegen Kommunisten, die sich in der Straße von Kommunisten überfallen. Es kam mehrfach zu Schlägereien, bei denen insgesamt ungefähr 30 Personen verletzt wurden. Eine in gleiche Anzahl wurde von der Polizei festgenommen.

Die Völkerverammlung in Berlin

Berlin, 12. Febr. Nach Ablauf der 12. Sitzung der Völkerverammlung hat sich die Sitzung am 12. Februar um 12 Uhr geschlossen. Der Präsident der Versammlung, Herr von Helldorf, hat die Sitzung mit der Begrüßung des Reichspräsidenten durch den Reichspräsidenten geschlossen. Die Sitzung ist am 12. Februar um 12 Uhr geschlossen.

Drei Kinder Opfer des Eises

Hannover, 12. Febr. In Hildesheim (Niedersachsen) brachen gestern nachmittag drei Kinder des Gutsbesizers Decker im Alter von drei, vier und fünf Jahren auf dem Eise der Dorfstraße ein und ertranken.

Berufung in der Blankenburger Rodstraße

Mitau, 12. Febr. In ihrer Wohnung in Blankenburger Rodstraße wurde gestern die Kapitälsfrau Frau Blum erkrankt. Sie wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo sie heute verstarb. Die Leiche wurde heute von der Leichenbestattung abgeholt.

Carl Hauptmann am Deutschen Reichstag

Der Reichstag hat heute den Reichstag besucht. Der Reichstag hat heute den Reichstag besucht. Der Reichstag hat heute den Reichstag besucht. Der Reichstag hat heute den Reichstag besucht.

Einige Besuche für Karl May

Einige Besuche für Karl May. Einige Besuche für Karl May. Einige Besuche für Karl May. Einige Besuche für Karl May.

Jonathan Smith Leben im Exil

Jonathan Smith Leben im Exil. Jonathan Smith Leben im Exil. Jonathan Smith Leben im Exil. Jonathan Smith Leben im Exil.

Rheinische Dampf-Verkehrs-Gesellschaft

Der Vorstand der Rheinischen Dampf-Verkehrs-Gesellschaft...

Die Rheinische Dampf-Verkehrs-Gesellschaft...

Juchs Waggonfabrik AG, Heidelberg

Waggonfabrik Juchs AG, Heidelberg...

Effekten-Freiverkehr fast ohne Angebot

Effekten-Freiverkehr fast ohne Angebot...

Halbtagmarkt freudlich, aber unklar

Halbtagmarkt freudlich, aber unklar...

Die Berliner Börse...

Die Berliner Börse...

Die Berliner Börse...

Die Berliner Börse...

Die tieferen Ursachen des ostasiatischen Konfliktes

Die Ursachen des ostasiatischen Konfliktes...

Japanische Kaufkraft in erster Linie...

Deutsch-schwedische Stoffverhandlungen ergebnislos

Deutsch-schwedische Stoffverhandlungen ergebnislos...

Berliner Devisen

Table with exchange rates for various currencies.

Berliner Produktentwürfe v. 12. Febr. (G. Dr.)

Berliner Produktentwürfe v. 12. Febr. (G. Dr.)...

Berliner Produktentwürfe v. 12. Febr. (G. Dr.)...

Berliner Produktentwürfe v. 12. Febr. (G. Dr.)...

Produktenverkehr weiterhin fest

Produktenverkehr weiterhin fest...

Berliner Metallbörse vom 12. Februar 1932

Table with metal prices for various metals.

Londoner Metallbörse vom 12. Februar 1932

Table with metal prices for various metals.

